

Schweiz wählt »sichersten Standort«

Atomendlager | Noch viele offene Fragen / Deutsche Gemeinden reagieren wenig begeistert

Die Behörden in Bern sehen viele Vorteile einer Deponie für Atommüll nahe der deutschen Grenze. In der Region herrscht allerdings Skepsis.

■ Von Christiane Oelrich, Ralf Deckert, Thorsten Terkowsky und Pascal Kopf

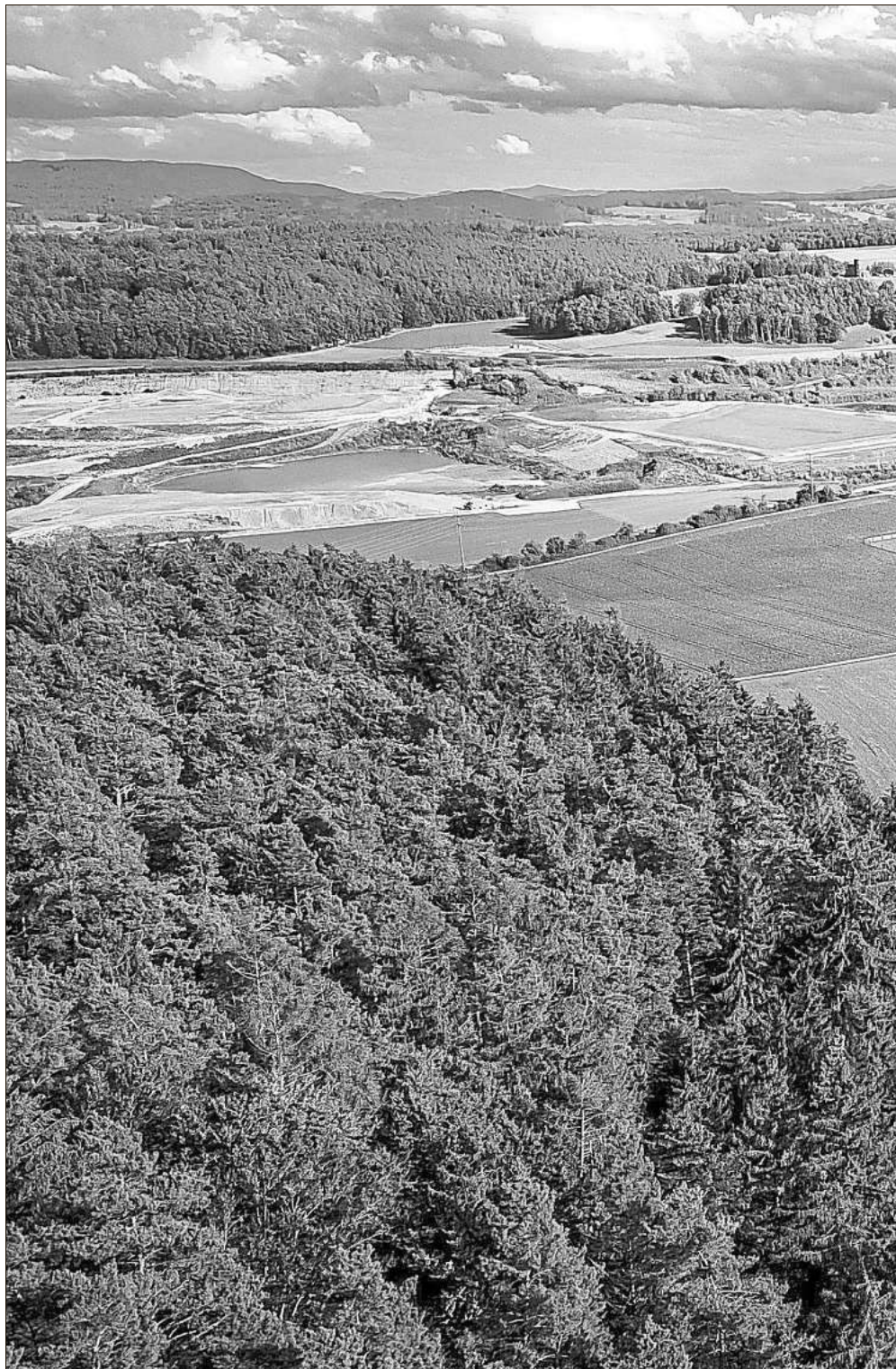
Bern/Stuttgart. Der geplante Standort für das Schweizer Atommüllendlager nahe der Grenze zu Baden-Württemberg ist nach Überzeugung von Schweizer Experten der sicherste Ort für radioaktiven Abfall. Die Region Nördlich Lägern unweit von Hohentengen (Kreis Waldshut) sei aus rein geologischen Gründen die beste Wahl unter den drei geprüften Standorten, sagte Matthias Braun, Chef der Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra), am Montag in Bern. »Es ist ein eindeutiger Entscheid. Die Geologie hat gesprochen.«

Die nötige Gesteinsschicht von Opalinuston liege dort am tiefsten, die Schicht sei am dicksten und der mögliche Bereich für das Endlager am größten. In Nördlich Lägern seien in der Gesteinsschicht Spuren des ältesten Wassers gefunden worden: 175 Millionen Jahre alt. Das gebe ihm Vertrauen, auf lange Sicht Prognosen zu machen, so Braun.

Standortfrage: Erläuterung für Umdenken gefordert

Die Verpackungsstation für die Brennelemente soll am Zwischenlager Würenlingen – rund 15 Kilometer Luftlinie vom badischen Waldshut-Tiengen entfernt – entstehen, da dort bereits Bauten vorhanden sind. Verpackt werden sollen dort die etwa 3,5 bis 4,5 Meter langen und zwei Kilo schweren Brennstäbe. Etwa 100 bis 300 Brennstäbe werden zu jeweils einem Brennelement gebündelt.

Deutsche Gemeinden reagierten mit Skepsis auf die Entscheidungen. Sie wollen prüfen, ob die Erklärungen plausibel sind, da der Standort 2015 als zweite Wahl zurückgestellt worden war. Man verlange eine »sehr gute Begründung«, warum der Standort plötzlich bevorzugt werde, so Martin Benz (CDU), Bürgermeister von Hohentengen. Auch die Bundestagsabgeordnete Ann-Veruschka Ju-



Die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle hat entschieden, ein geologisches Tiefenlager im Gebiet Nördlich Lägern im Stadeler Haberstal zu errichten. Foto: Buholzer

risch, Lina Seitzl und Andreas Jung forderten in einer gemeinsamen Mitteilung: »Wir nehmen diese Entscheidung zur Kenntnis und erwarten, dass die Nagra ihre Gründe für diese Standortauswahl schnellstmöglich im Rahmen eines Rahmenbewilligungsgehefts plausibel begründet.«

Nach Angaben von Nagra-Chef Braun waren für die Zurückstellung damals Unsicherheitsfaktoren ausschlaggebend. Weitere Prüfungen hätten sie aber eines Besseren belehrt: »Es hat sich herausgestellt, dass die Festigkeit des Gesteins etwa doppelt so gut

ist, wie es damals im vorsichtigen Szenario bewertet wurde.«

Die umliegenden Gemeinden sollen Kompensationszahlungen erhalten, bestätigte Monika Stauffer, Leiterin der Sektion Radioaktive Abfälle beim Bundesamt für Energie. »Die Abgeltungsverhandlungen werden herausfordernd sein«, sagte sie. Das Geld – freiwillige Zahlungen der Entsorgungspflichtigen – solle für regionale Entwicklung eingesetzt werden. Wer wie viel Geld erhalte, müsse ausgehandelt werden. Das Bundesamt bestätigte auf

Nachfrage, dass auch deutsche Gemeinden zur »Standortregion« gehörten und Geld erhalten könnten. In einem Kostenszenario waren für die Abgeltungen 800 Millionen Franken (829 Millionen Euro) vorgesehen. Die Gesamtkosten fürs Lager liegen bei 18,2 Milliarden Franken (18,9 Milliarden Euro). Die Landräte und die Landrätin der Landkreise Schwarzwald-Baar, Konstanz, Waldshut und Lörrach forderten, dass die Gemeinde Hohentengen wie eine schweizerische Gemeinde zu entschädigen sei, sollte der Bau realisiert werden.

Das Ensi hat als Rahmenbedingung für das Endlager festgelegt, dass die Strahlung höchstens 0,1 Millisievert im Jahr betragen darf, so der Leiter des Bereichs Entsorgung, Felix Altorfer. Bei dem geplanten Lager rechne das Ensi nach jetziger Datenlage aber nur mit maximal 0,001 Millisievert Strahlung.

Deutsche Gemeinden beschäftigt Frage der Trinkwasserversorgung

Die Gemeinden auf deutscher Seite beschäftigt vor allem die Frage der Trinkwasserversorgung. »Wir haben überall Trinkwasserbrunnen, wir haben Aare und Rhein in der Nähe«, so Martin Steinebrenner vom Regionalverband Hochrhein-Bodensee. Die Frage nach dem Trinkwasserschutz sei eine große Sorge der Bevölkerung. Auch für die Waldshuter SPD-Bundestagsabgeordnete und Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter sind noch viele Fragen offen, etwa zu den radiologischen Auswirkungen des atomaren Tiefenlagers auf die Menschen und der Trinkwasserversorgung. Sie erklärte, es sei »ein Unding«, dass die deutsche Seite kein Klage- und Mitspracherecht beim Endlagerbau habe.

Die Nagra weist die Befürchtungen zurück. Der Gewässerschutz spiele für sie eine wichtige Rolle, so ein Sprecher. »Wir bauen deshalb das Tiefenlager in einer weitestgehend wasserundurchlässigen Gesteinsschicht, dem Opalinuston.« Man werde den Dialog mit allen Beteiligten fortführen, dazu gehöre der Austausch mit der deutschen Expertengruppe Schweizer Tiefenlager.

In die gleiche Kerbe schlug Thorsten Frei, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-/CSU-Bundestagsfraktion auf Anfrage unserer Redaktion: »Die Entscheidung für ein Endlager für radioaktiven Atommüll ist zu Ungunsten der deutschen Grenzregion gefallen. Das ist bedauerlich. Das Lager liegt allerdings auf Schweizer Hoheitsgebiet und entsprechend gering ist die Einflussnahme Deutschlands auf diese Standortwahl. Es bleibt jedoch wichtig, dass die Belange der deutschen Bevölkerung in Bezug auf maximale Sicherheit mit Nachdruck von Bund, Land und den grenznahen Kommunen vertreten werden können.«